

# Keine Dekolonisierung des Naturschutzes in Aussicht

VON LINDA POPPE

Vor 30 Jahren, beim 9. Weltkongress der Weltnaturschutzunion, klang es wie der ersehnte Durchbruch: Die wichtigsten Naturschutzorganisationen und viele Regierungen erklärten, dass Schutzgebiete nicht existieren könnten, wenn die lokalen Anwohner\*innen ausgeschlossen werden. Zu oft seien indigene Völker und ihre besonderen Beziehungen zu ihrem Land ignoriert oder durch Naturschutzvorhaben sogar zerstört worden. Dies müsse sich ändern. Landbesitz und

lionen Menschen für Naturschutzgebiete von ihrem Land vertrieben wurden. Oft waren davon indigene Gemeinden betroffen, die ihre Gebiete so gut erhalten hatten, dass Naturschützer\*innen sie besonders attraktiv fanden.

Der Yellowstone-Nationalpark – der älteste Nationalpark der Welt – gab den buchstäblichen Startschuss für die Vertreibung indigener Völker im Namen des Naturschutzes. Wenige Jahre nach seiner Gründung 1872 wurden die indigenen Bewohner\*innen gezwungen, das Gebiet zu verlassen. In einer Auseinandersetzung wurden Berichten zufolge 300 Menschen getötet. Auch wenn später die Einrichtung von Naturschutzgebieten nicht immer mit solch tödlichen Vertreibungen einherging, bedeuteten sie für indigene Gemeinden weiterhin einen Verlust von Land und Rechten, von heiligen Stätten, medizinischen Pflanzen, Wasser, Essen, Häusern und von Zukunft.

Doch statt einer Revolution folgte den Erklärungen der 90er Jahre die Erkenntnis, dass die Naturschutzbranche zwar mit der Mode gehen kann, sie aber unter den neuen Gewändern weiterhin Uniform trägt.

## Die europäische Idee von „Wildnis“

Die Idee einer menschenleeren Wildnis führt bis heute zur Verletzung von Land- und Zugangsrechten indigener Völker. Indigene Gemeinden erfahren meist erst spät von Schutzgebiet-Projekten auf ihrem Land und werden nicht wirkungsvoll dazu befragt. Dabei ist gerade für indigene Völker ihr Land zentral für ihre Identität und ihr Überleben. Hinzu kommt, dass im „Krieg gegen Wilderei“ Indigene und andere Anwohner\*innen zur Zielscheibe aufgerüsteter Sicherheitskräfte werden – dies ist vor allem in Afrika und Asien eine dramatische Entwicklung. Ranger besitzen dort in einigen Ländern weitreichende Befugnisse zum Einsatz von Schusswaffen und müssen selten mit Strafverfolgung rechnen. Geberländer wie Deutschland, die Prämien für Festnahmen zahlen, verstärken die Anreize, die Schwächsten ins Visier zu nehmen.

Auch andere Überzeugungen halten sich im Naturschutz hartnäckig. Der Rassismus und die Annahme, dass „wir“ es besser wissen, ist erschreckend. Naturschutzvorhaben problematisieren fast immer die Lebensweise indigener Völker und wirken darauf hin, diese grundlegend zu verändern. So sollen Land-



Protest bei der „Our Land Our Nature“ Konferenz September 2021 in Marseille.  
Foto: Survival International

Gewohnheitsrechte sollten anerkannt werden. Die Expertise indigener Völker für den Erhalt der biologischen Vielfalt sei unerlässlich. Und wenig später preschte der WWF mit einem Papier vor, demzufolge er keine Projekte auf indigenem Land ohne Zustimmung der Bewohner\*innen durchführen wolle.

## Kein Platz für lokale Naturschützer\*innen

Es war nicht weniger als eine Revolution. Denn weitestgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit, hatte im Naturschutz ein „Hundertjähriger Konflikt“ (Mark Dowie) getobt: Indigene Völker waren seit der Entstehung der ersten Naturschutzgebiete ins Visier von wohlmeinenden – und weniger wohlmeinenden – Naturschützer\*innen geraten. Genaue Zahlen existieren nicht, aber einige schätzen, dass über hundert Mil-

rechtsverletzungen durch „alternative Einkommensquellen“ kompensiert werden, etwa im „Öko-Tourismus“. Die amerikanische Naturschutzorganisation „Wildlife Conservation Society“ WCS wollte letztes Jahr sogar die Ernährungsgewohnheiten auf dem gesamten afrikanischen Kontinent ändern: „Praktiken, die vor Hunderten von Jahren entstanden sind, müssen aufhören.“ Fisch und Hühner aus Tierzucht könnten Wild ersetzen.

Erst im November 2021 enthüllte ein Bericht des Oakland Institutes, dass auch vermeintlich vorbildliche „Gemeinde-Schutzgebiete“ (Community Conservancies) in Kenia tatsächlich wenig für die Gemeinden übrighaben, auf deren Land sie entstehen. Die Betreiber und das Sicherheitspersonal dieser Gebiete seien selbst in Vertreibung, Folter und Ermordung der lokalen indigenen Bevölkerung verwickelt. Trotz allem wird das Konzept der „Gemeinde-Schutzgebiete“ auch auf neue Gebiete in Kenia und Tansania ausgeweitet.

### **Grausamkeiten in neuem Gewand**

Was noch heute in Naturschutzgebieten passiert, würde den Rahmen dieses Heftes sprengen. Aber die Grausamkeiten gänzlich unerwähnt zu lassen, wäre unverzeihlich. Indigene und lokale Anwohner\*innen werden in und um Naturschutzgebiete gefoltert. Ein Betroffener berichtet Survival International davon, dass ihm von Rangern Chili in die Augen gerieben wurde. Ein anderer, dass sein Penis an eine Schnur gebunden und daran gezogen wurde, wenn er nicht die erwünschten Antworten gab. Indigene werden ohne Anklage inhaftiert – manchmal Monate lang. In einigen Fällen verstarben Betroffene im Gefängnis oder an den Folgen der Inhaftierung. Schwangere Frauen wurden vergewaltigt. Andere Menschen werden erschossen, weil sie Schutzgebiete betreten, die auf ihrem angestammten Land entstanden waren. Indigene Aktivist\*innen wurden niedergeprügelt oder verschwanden. Selbst Kinder werden von diesen Grausamkeiten nicht ausgespart. „Wenn diese Naturschützer dich im Wald finden, wollen sie dich töten“, beschrieb es die Baka-Frau Sophie aus Kamerun.

Diese Zustände sind keine Einzelfälle. Dennoch verursachen sie keinen Aufschrei in der Naturschutzgemeinde. Im Gegenteil: Auf den Punkt brachte es eine Anhörung im US-Kongress Ende Oktober, die sich mit Menschenrechtsverletzungen in Naturschutzprojekten befasste. Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter John Knox, der vor zwei Jahren noch im Auftrag des WWF Naturschutzvorhaben geprüft hatte, sagte nun: „Ich bin sehr enttäuscht über das Versagen des WWF, mit seiner Vergangenheit zu brechen (...). Die WWF-Führung verleugnet immer noch ihre eigene Rolle im Festungsnaturschutz und den Menschenrechtsverletzungen.“ Auch andere Naturschutzverbände stecken



**Angehöriger der indigenen Bayaka-Gemeinschaft in der Zentralafrikanischen Republik.**

**Foto: Nicolas Marino**

den Kopf in den Sand: Ein Artikel in Der Spiegel über die Tötung eines Teenagers im Kahuzi-Biéga-Nationalpark wurde von einem der wohl einflussreichsten deutschen Naturschützer als „schädlich“ für den Naturschutz diffamiert.

All dies hat rein gar nichts mit den luftigen Erklärungen von vor 30 Jahren und den Allianzen zu tun, die sich in Naturschutzkreisen heute formen. Indigene Völker finden sich in Umweltkonferenzen, internationalen Abkommen und konkreten Projekten meist am Ende des Satzes wieder, in einer speziellen „Nebenveranstaltung“ oder beim Fototermin mit Leonardo DiCaprio. Obwohl indigene Völker 80% der Artenvielfalt des Planeten schützen, bleiben sie Randfiguren, wenn sie ihre international verbrieften Rechte einfordern.

### **Schöne Versprechen, wenig Kontrolle**

Einige aktuelle Planungen von Schutzgebieten haben inzwischen den Anspruch, die indigene Bevölkerung zu konsultieren bzw. zumindest in den Prozess zu integrieren. Kontrolliert wird die Umsetzung dieses Anspruches nur selten. Das zeigt etwa das Beispiel des in der Republik Kongo geplanten Schutzgebietes Messok Dja. Die EU verlangt für die Finanzierung die Zustimmung der indigenen Bewohner\*innen. Geprüft wurde diese Vorgabe nicht.

Kürzlich kam heraus, dass der WWF zwar behauptet hatte, dass die Menschen dem neuen Schutzgebiet „positiv“ gegenüberstehen, er aber Teile eines Berichtes gestrichen hatte, aus denen hervorging, dass es auch vehemente Ablehnung gab. Hier wird deutlich:





Aktivist\*innen aus allen Erdteilen forderten in Marseille eine Entkolonisierung des Naturschutzes.  
Foto: Survival International

Auf die vermeintlich „Guten“ nur zu vertrauen, reicht nicht, denn auch die Naturschutzorganisationen fürchten darum, Einfluss und Geld zu verlieren.

### Die Ursachen des Artensterbens werden verschleiert

Und am Horizont zeichnet sich nun der möglicherweise größte Landraub der Geschichte ab: Die UN-Biodiversitätskonvention verhandelt derzeit über eine neue Zielvorgabe, bei der 30 Prozent der Erde bis 2030 „unter Schutz gestellt“ werden sollen („30x30“). Das wäre etwa eine Verdoppelung der bisherigen geschützten Fläche in knapp 10 Jahren.

Kritiker\*innen haben 30x30 bereits als politische Zielvorgabe entlarvt, denn eine wissenschaftliche Rechtfertigung für diese fehlt, genauso wie eine nachweisbare Effektivität. Wirkliche Ergebnisse für den Artenschutz brächten vor allem gesicherte indigene Landrechte, und nicht die klassischen Naturschutzgebiete.

Doch „30x30“ macht Karriere, auch weil es die Verantwortlichen davon entlastet, die Ursachen des Artensterbens zu benennen und anzugehen.

Dabei wirkt es wie eine Bankrotterklärung, die Artenvielfalt wie in einem riesigen Zoo erhalten zu wollen. Die Menschen, die den Preis dafür zahlen werden, sind aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem Indigene, die in den artenreichsten Gebieten der Erde leben und für deren Landrechte verbindliche Garantien fehlen.

Je mehr das Artensterben und der Klimawandel in den Blick der Öffentlichkeit und Politik geraten, desto mehr Konflikte um Landrechte zeichnen sich ab. Yannick Ndoinyo, Aktivist und Angehöriger der Massai aus Tansania, der die Ausweitung von Naturschutzvorhaben rund um die Serengeti mit Sorge beobachtet, fasst es so zusammen: „Die größte Ursache der Ungerechtigkeit für indigene Gemeinschaften und lokale Gemeinden geht im Moment von den Naturschutzbehörden und geschützten Gebieten aus.“

Hinzu kommt, dass große Naturschutzverbände inzwischen mit einigen der schmutzigsten Unternehmen der Welt kooperieren. Wo früher die Rede von Interessenskonflikten war, werden jetzt Gemeinsamkeiten betont. Eine Idee, die Naturschützer\*innen und Konzerne verbindet, sind „naturbasierte Lösungen“ gegen den Klimawandel, die auch die In-Wertsetzung und den Handel mit (indigenem) Land und Natur beinhalten können. Dass sowohl Naturschützer\*innen als auch Konzerne die Landrechte indigener Völker dabei nicht als gefährdet ansehen, überrascht wenig, da sie auch bisher für beide kaum eine Rolle spielten. Es sieht alles danach aus, als ob der „Hundertjährige Konflikt“ in die Verlängerung geht.

Linda Poppe ist Politikwissenschaftlerin und Aktivistin und arbeitet für das Netzwerk Survival International, das sich für die Rechte indigener Völker weltweit einsetzt.